GS-SZ-01

Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	GS.GS-SZ Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Gesund bleiben, auch im Alter würdig und selbstbestimmt leben, einen Platz in der Gesellschaft finden: All das schaffen wir nicht allein. Nur zusammen und solidarisch können wir einander soziale Sicherheit geben, uns bei Krankheit, Armut oder Verlust des Arbeitsplatzes gegenseitig zur Seite stehen. Unser Ziel: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen gegen die großen Risiken des Lebens gut abgesichert sein – zu fairen und gerechten Bedingungen.

Unsere sozialen Sicherungssysteme leisten viel, gerade auch im internationalen Vergleich. Aber wir müssen dafür sorgen, dass der Sozialstaat sein Versprechen auf Sicherheit auch in Zukunft noch einlösen kann und dass es dabei gerecht zugeht. Viele Menschen machen sich zu Recht Gedanken darüber, ob die Rente für einen guten Ruhestand reicht oder ob beim Jobverlust Armut droht. Wenn Menschen den Abstieg fürchten, ist das Gift für den sozialen Zusammenhalt. Deshalb ist soziale Sicherheit eine Bedingung für den inneren Frieden. Sie ist auch eine Voraussetzung für Kreativität und Lebensmut. Denn wer verunsichert ist, kann nicht frei aufspielen. Gerade weil wir außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch in unruhigen Zeiten leben, ist soziale Sicherheit wichtiger denn je. Solidarität ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: prekär Selbständige mit unsteten Lebensläufen, Frauen ohne eigene Rentenansprüche, niedrig Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann.

Wie die Rente wirklich sicher wird

Um die Rente wieder sicher und verlässlich zu machen, wollen wir alle drei Pfeiler der Alterssicherung stärken – zuallererst die gesetzliche Rentenversicherung. Denn sie ist und bleibt die wichtigste Säule der Altersvorsorge. Durch die Rentenreformen der vergangenen Jahre ist das Rentenniveau gesunken. Eine Stabilisierung ist dringend notwendig. Das heutige– gegenüber dem Jahr 1998 bereits erheblich abgesenkte – Rentenniveau sollte nicht weiter fallen. Dabei müssen Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis stehen, damit auch die junge Generation weiter in die gesetzliche Rente vertrauen kann. Wer viele Jahre eingezahlt hat, soll von seiner Rente auch leben können. Für alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, schlagen wir Grünen eine steuerfinanzierte Garantierente oberhalb des Grundsicherungsniveaus vor.

Um die gesetzliche Rente finanziell und solidarisch breiter aufzustellen, wollen wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuern bezahlen und die Beschäftigungsbedingungen gerade
für Frauen so verbessern, dass sie öfter erwerbstätig sind.

Wir wollen den ersten Schritt zur Bürgerversicherung gehen und hierfür die nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen, Minijobber*innen, Langzeitarbeitslose und Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Für die Selbständigen und insbesondere die Existenzgründerinnen und -gründer wird es Übergangsregelungen geben. Zudem wollen wir Selbständigen mit Beitragsrückständen bei der Krankenversicherung helfen und Schulden erlassen. In einem späteren Schritt wollen wir auch Freiberufler*innen und Beamt*innen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Hierfür werden wir mit den Ländern zusammenarbeiten. Bereits erworbene Anwartschaften auf Versorgung und bestehende Beamtenverhältnisse bleiben dabei aus Gründen des Vertrauensschutzes unberührt.

Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen. Dazu fördern wir eine echte Altersteilzeit durch eine attraktive Teilrente ab 60 Jahren, die insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in belastenden Berufen zugutekommt. Für Menschen, die
länger arbeiten wollen, soll sich das lohnen. Damit sie eine höhere Rente erhalten, führen wir einfache Hinzuverdienstregeln ein und erleichtern es, Teilrente und Erwerbseinkommen zu kombinieren. So erleichtern wir es Menschen, selbst zu bestimmen, wann sie in Rente gehen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht mehr arbeiten können, sollen nicht länger auch noch dafür bestraft werden, deshalb schaffen wir die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente ab.

Neben der gesetzlichen Rente wollen wir auch die private und betriebliche Altersvorsorge stärken. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Kleinen Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Um die private Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. Sie ist in ihrer bisherigen Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten Altersvorsorge. Dazu wollen wir ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen. Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden umgestalten. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange berücksichtigen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern.

Viele Frauen sind von Armut im Alter bedroht. Sie leisten mehr Erziehungs- und Pflegearbeit, arbeiten oft in Teilzeit oder in schlecht bezahlten Branchen und erwerben weniger Rentenansprüche. Für Frauen muss es einfacher werden, sich durch Erwerbsarbeit selbst besser abzusichern. Mit guten Angeboten für die Kinderbetreuung, einer Umwandlung der Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, einem Rückkehrrecht auf Vollzeit, einer echten Pflegezeit und mit gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit können wir die Rentenlücke für Frauen mittelfristig schließen.

Raus aus der Zwei-Klassen-Medizin – Gesundheit solidarisch für alle

Leider haben wir heute in Deutschland eine Zwei-Klassen-Medizin. Gesetzlich Versicherte bekommen später einen Termin bei Fachärztin oder Facharzt als privat Versicherte. Ärztinnen und Ärzte lassen sich vor allem dort nieder, wo viele privat Versicherte wohnen. In der Privaten Krankenversicherung (PKV) zahlen Alte und Kranke mehr als Junge und Gesunde. Oft

sind Versicherte durch die hohen Beiträge in der PKV schnell überfordert, doch einfach zur Gesetzlichen wechseln können sie nicht. Gleichzeitig verabschieden sich viele Gutverdienerinnen und Gutverdiener durch die PKV aus der Solidarität mit den sozial Benachteiligten. Das übernehmen dann die gesetzlich Versicherten, also die mit geringen und mittleren Einkommen. Ein solches System ist ungerecht.

Wir Grünen wollen die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln. Alle Bürgerinnen und Bürger, auch Beamt*innen, Selbständige und Gutverdienende beteiligen sich. Auf Aktiengewinne und Kapitaleinkünfte werden ebenfalls Beiträge erhoben. Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen übernehmen wieder jeweils die Hälfte des Beitrags und die bisher allein von den Arbeitnehmer*innen getragenen Zusatzbeiträge werden wieder abgeschafft. Es gibt keine Unterschiede mehr bei den Arzthonoraren. Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil und fair finanziert und alle Kassen würden um die beste Versorgung konkurrieren.

Die Patientinnen und Patienten gehören in den Mittelpunkt, an ihren Bedürfnissen muss sich die Versorgung ausrichten. Wir sollten nicht erst handeln, wenn die Krankheit schon da ist. Das Gesundheitswesen muss Gesundheit besser fördern: Von der Kindertagesstätte über die Schule bis hin zum Arbeitsleben und dem Leben im Alter wollen wir den Menschen Wissen über eine gesundheitsbewusste Lebensweise vermitteln. Geschlechtsspezifische Aspekte müssen bei der Prävention und der Behandlung, aber auch in der Forschung stärkere Beachtung finden.

Wir schaffen eine Patientenstiftung und stärken wieder die unabhängige Patientenberatung. Um auch dünner besiedelte Regionen besser zu versorgen, brauchen Kommunen und Regionen mehr Einfluss. Den Personalnotstand in den Krankenhäusern werden wir bekämpfen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen gewährleistet sein. Für Hebammen in Krankenhäusern fordern wir einen ausreichend dimensionierten Personalschlüssel und angemessene Vergütung. Freiberufliche Hebammen brauchen eine dauerhafte Lösung für die hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung durch einen Haftungsfonds, bevor noch mehr ihren Beruf aufgeben. Die Digitalisierung kann im Gesundheitswesen vieles verbessern, etwa für chronisch Kranke. Patientinnen und Patienten brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten.

Gute Pflege – ein selbstbestimmter und würdiger Lebensabend

Durch den demografischen Wandel steigt die Zahl der alten und hochbetagten Menschen. Sie alle sollen gut und selbstbestimmt im Alter leben können. Darauf ist das Pflegesystem nicht ausreichend vorbereitet. Zu wenige Pflegepersonen versorgen immer mehr Pflegebedürftige. Die Qualität der Pflege ist dadurch oft schlecht und auf Dauer ist das System nicht ausreichend finanziert. Wir wollen Menschen, die Verwandte oder Freunde pflegen, besser unterstützen. Dafür schlagen wir die dreimonatige PflegeZeit Plus und jährlich zehn Tage für akute Notsituationen vor. Pflegende erhalten eine Lohnersatzleistung und werden von der Arbeit freigestellt. Wir stärken die Pflege im vertrauten Wohnumfeld, um den Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Beim Aufbau von Hilfenetzen wollen wir die Kommunen unterstützen und ihnen mehr Rechte geben, selbst aktiv zu werden. Denn die Angebote vor Ort bestimmen, ob auch Menschen mit kleiner Rente die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

Pflegerinnen und Pfleger müssen besser bezahlt werden. Durch ausreichendes Personal wollen wir Überlastung vermeiden. Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Wir schlagen dazu eine gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für Qualität in der Pflege. Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung machen und so langfristig ausreichend finanzieren.

Schutz vor Armut, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit

Die Grundsicherung muss das soziokulturelle Existenzminimum für alle gewährleisten. Das verlangt die Würde des Menschen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II muss so berechnet werden, dass man menschenwürdig davon leben kann. Die Kinderregelsätze müssen sachgerecht
ermittelt werden, damit alle Kinder wirklich teilhaben können. Für die Stromkosten wollen wir eine gesonderte Pauschale einführen. Die Grundsicherung werden wir zu einer individuellen Leistung weiterentwickeln, denn das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

Wir wollen eine Arbeitsagentur als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden und die Sozialgerichte von den vielen Klagen entlasten. Sanktionen gefährden die kooperative Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen und Fallmanagern in den Arbeitsagenturen, wie auch ein
menschenwürdiges Existenzminimum. Unser Ziel ist ein Ende der Sanktionen. Besonders profitieren würden unter 25-Jährige, die bisher deutlich schärferen Sanktionsmöglichkeiten ausgesetzt sind.

Wir wollen aber nicht nur die nackte Existenz sichern, sondern Arbeitslose auch passgenau dabei unterstützen, einen neuen Job zu finden, etwa durch Weiterbildung, Sprachförderung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. Arbeit ist noch immer das wichtigste Feld der sozialen Teilhabe, der Anerkennung und der Sinngebung im Alltag. Deshalb wollen wir die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitnehmer bereits im Job, aber auch bei Arbeitslosigkeit bei der Weiterbildung unterstützt (à Kapitel: Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit). Wir geben auch Langzeitarbeitslose nicht auf und fordern einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt.

Sicherheit in der Selbständigkeit

Um die soziale und ökologische Modernisierung zu meistern, brauchen wir auch die innovative Kraft von Gründerinnen und Gründern. Wir wollen alle, die den mutigen Schritt in die Selbstständigkeit wagen, dabei unterstützen, sich besser und einfacher abzusichern. Gesetzlich versicherte Selbständige wollen wir bei den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen mit geringeren Mindestbeiträgen entlasten. Wir wollen eine freiwillige Arbeitsversicherung für Selbstständige, die erschwinglich, für alle Selbstständigen geöffnet und gerechter ausgestaltet ist. Wahltarife sollen dabei mehr Flexibilität für Selbstständige ermöglichen. Wir wollen alle nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen in die gesetzliche Rente einbeziehen und ihnen eine größere Beitragsflexibilität als heute ermöglichen. Selbständige sollen in guten Zeiten höhere Beiträge vor- oder nachzahlen können, damit sie in schlechten Zeiten entlastet werden. Wir stehen ohne Wenn und Aber zur Künstlersozialkasse. Analog zu Mindestlöhnen, die nur

abhängig
Beschäftigten zustehen, wollen wir auch branchenspezifische Mindesthonorare ermöglichen.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Gesetzliche Rente stärken, das Rentenniveau stabil halten

Die gesetzliche Rente ist nach wie vor die zentrale Säule der Altersvorsorge für die meisten Menschen. Und sie ist viel besser als ihr Ruf. Das Niveau der gesetzlichen Rente sollte nicht weiter sinken. Wir können das schaffen und werden dabei darauf achten, dass Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis stehen, so dass auch die junge Generation bedacht wird. Um die gesetzliche Rente finanziell besser aufzustellen und solidarischer zu finanzieren, wollen wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuergeldern bezahlen und insbesondere Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Damit verbessert sich auch ihre persönliche Absicherung deutlich. Mittelfristig streben wir eine Rentenversicherung für alle an, in die auch Beamtinnen und Beamte, Freiberuflerinnen und Abgeordnete einbezogen sind. In einem ersten Schritt zu einer solchen Bürgerversicherung wollen wir Selbständige aufnehmen und damit ihre Absicherung verbessern.

Die Bürgerversicherung im Gesundheitssystem – Erstklassig für alle!

Wir wollen eine gerecht finanzierte Bürgerversicherung im Gesundheitssystem. Alle zahlen dort ein, auch Beamt*innen, Selbständige, Unternehmerinnen und Abgeordnete werden einbezogen. Alle werden beim Arzt oder der Ärztin auf dem gleichen hohen Niveau behandelt. Das Zwei-Klassen-System, in dem Privatpatientinnen und -patienten bevorzugt werden, hat ein Ende. Neben Löhnen und Gehältern werden auch auf Kapitaleinkünfte Beiträge erhoben. Bei den

Löhnen zahlen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wieder jeweils die Hälfte des Beitrages und die pauschalen Zusatzbeiträge werden abgeschafft. So wird Gesundheit fair finanziert und die Bürgerinnen und Bürger können dennoch wählen: Alle Krankenversicherungen

bieten künftig die Bürgerversicherung an und konkurrieren über die Höhe des Beitrages, über den Service, das zusätzliche Leistungsangebot und die Qualität.

Zeit für mehr – Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern

Wenn nahestehende Menschen pflegebedürftig werden, müssen viele Dinge geregelt werden. Dafür
benötigt man Zeit. Viele Menschen wollen zudem ihren Angehörigen nahe sein und eine Zeit lang selbst die Pflege übernehmen. Das wollen wir ihnen erleichtern: Mit der PflegeZeit Plus gibt es erstmals einen Lohnersatz für die Zeit der Pflege. Für drei Monate ersetzen wir Menschen, die Angehörige selbst pflegen, ihren Lohn, genauso, wie für Eltern in der Elternzeit. Zudem sollen sich Pflegende zehn Tage im Jahr frei nehmen können, um sich besonders intensiv um eine zu pflegende Person zu kümmern. Ganz so, wie sich Eltern frei nehmen können, wenn ihr Kind krank ist. Wir finden, wer für einen pflegebedürftigen Menschen Verantwortung übernimmt, hat unsere Unterstützung und Wertschätzung verdient. Die

PflegeZeit
Plus ist unsere Antwort darauf.
